

Redaktion:

Prof. Dr. Franz Häuser,
Leipzig

Rechtsanwalt
Dr. Andreas Lange,
Frankfurt a. M.

Rechtsanwalt
Dr. Helmut Merkel,
Frankfurt a. M.

Rechtsanwalt
Dr. Jürgen Than,
Frankfurt a. M.

Arne Wittig,
Frankfurt a. M.

Redaktionsbeirat:

Stephan Steuer,
Berlin

Richter am BGH
Dr. Gero Fischer,
Karlsruhe

Rechtsanwalt
Dr. Wolfgang Gößmann,
Hamburg

Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. mult.
Klaus J. Hopt,
Hamburg

Rechtsanwalt
Jochen Lehnhoff,
Berlin

Rechtsanwalt
Prof. Dr. Hans-Jürgen Lwowski,
Hamburg

Prof. Dr. Peter O. Mülbart,
Mainz

Richter am BGH a.D.
Dr. Joachim Siol,
Ettlingen

AUS DEM INHALT:

Seite 205

Rechtsanwalt Steffen Furche, Dresden
Internationale Entscheidungszuständigkeit und anwend-
bares Recht bei Bürgschaften mit Auslandsbezug

Seite 211

Rechtsanwalt Dr. Karsten Markwardt, Frankfurt a.M.
„Holzmüller“ im vorläufigen Rechtsschutz

Seite 221

BFH, 9. 10. 2003
Zur den Voraussetzungen einer umsatzsteuerfreien
Kreditvermittlung

Seite 223

BFH, 6. 6. 2003
Abgabenrechtliche Rückzahlungspflicht der
Empfängerbank bei Überweisung auf gelöschttes
Girokonto

Seite 228

BGH, 1. 12. 2003
Zur Frage eines Steuererstattungsanspruchs des
Organträgers gegenüber der Organgesellschaft bei
einer Organschaft mit Ergebnisabführungsvertrag

Seite 247

BGH, 27. 11. 2003
Zur Frage der Zuständigkeit für die Eröffnung des
Insolvenzverfahrens bei einem nach Antragstellung
erfolgten Wohnsitzwechsel des Schuldners in einen
anderen Mitgliedstaat (Vorlage an den EuGH)

Seite 250

Brüssel aktuell

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Rechtsanwalt Steffen Furche, Dresden

Internationale Entscheidungszuständigkeit und anwendbares Recht bei Bürgschaften mit Auslandsbezug
– Unter besonderer Berücksichtigung des Beschlusses des BGH vom 20.2.2003 – IX ZR 9/00 und des
Urteils des OLG Dresden vom 18.11.1999 – 8 U 1143/99 – 205

Rechtsanwalt Dr. Karsten Markwardt, Frankfurt a.M.

„Holzmüller“ im vorläufigen Rechtsschutz 211

Rechtsprechung

Bankrecht

Bundesfinanzhof 28. 11. 2002 Umsatzsteuerliche Behandlung von Treuhandkrediten 219

Bundesfinanzhof 10. 12. 2002 Umsatzsteuerliche Behandlung von Kreditvergaben für fremde Rechnung 220

Bundesfinanzhof 9. 10. 2003 Zu den Voraussetzungen einer umsatzsteuerfreien Kreditvermittlung 221

Bundesfinanzhof 6. 6. 2003 Abgabenrechtliche Rückzahlungspflicht der Empfängerbank bei Überweisung auf gelöschttes Girokonto 223

Gesellschaftsrecht

Bundesgerichtshof 14. 7. 2003 Zur sekundären Darlegungslast des Bereicherungsschuldners hinsichtlich des Rechtsgrundes im Rahmen der Leistungskondition 225

Bundesgerichtshof 24. 11. 2003 Vertretung der GmbH durch ihren fakultativen Aufsichtsrat im Rechtsstreit über den Widerruf der einem ehemaligen Geschäftsführer erteilten Versorgungszusage 227

Bundesgerichtshof 1. 12. 2003 Zur Frage eines Steuererstattungsanspruchs des Organträgers gegenüber der Organgesellschaft bei einer Organschaft mit Ergebnisabführungsvertrag 228

Bürgerliches Recht und Handelsrecht

Bundesgerichtshof 11. 7. 2003 Verwendung eines unbestimmten Rechtsbegriffs zur Beschreibung der Heimfallvoraussetzungen 230

Bundesgerichtshof 11. 7. 2003 Zur Frage nachbarrechtlicher Beschränkungen, wenn ein einheitlich bebautes Grundstück geteilt wird und der Erwerber des einen Teils bauliche Änderungen zum Nachteil des anderen Eigentümers vornehmen will 231

Bundesgerichtshof 11. 7. 2003 Zur Geltendmachung von Mieteinnahmen nach § 7 Abs. 7, 8 VermG gegenüber einem Verfügungsberechtigten, der nicht selbst Vertragspartner des Mieters ist 234

Bundesgerichtshof 17. 7. 2003 Zur Frage der Beschwerdeberechtigung der Wohnungseigentümer im Verfahren über die Anfechtung eines Eigentümerbeschlusses; zur Frage, ob die Entlastung eines Verwalters im Widerspruch zu einer ordnungsgemäßen Verwaltung steht 238

Bundesgerichtshof	25. 7. 2003	Zur Frage des Wertersatzanspruchs des Berechtigten gegen den Verfügungsberechtigten, der den Vermögenswert (Grundstück) investiv weiterveräußert hat	242
Bundesgerichtshof	25. 7. 2003	Geltendmachung eines Grundbuchberichtigungsanspruchs durch einen Eigentümer, dem ein in der Spätphase der DDR ergangener Enteignungsbeschluss nicht bekanntgegeben worden ist	244

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

Bundesgerichtshof	27. 11. 2003	Zur Frage der Zuständigkeit für die Eröffnung des Insolvenzverfahrens bei einem nach Antragstellung erfolgten Wohnsitzwechsel des Schuldners in einen anderen Mitgliedstaat (Vorlage an den EuGH)	247
OLG Koblenz	18. 9. 2003	Zur Anfechtbarkeit einer insolvenznahen Sicherungsübereignung	248

Dokumentation

Brüssel aktuell	1. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament „Ein neuer Rechtsrahmen für den Zahlungsverkehr im Binnenmarkt“; 2. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlamentes und des Rates betreffend Übernahmeangebote	250
-----------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Bücherschau

Jürgen Ensthaler/Michael Funk/Martin Stopper	Handbuch des Automobilvertriebsrechts Rezensent: Rechtsanwalt Dr. Raimond Emde, Hamburg	251
----------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Die mit **◆** gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem ***** gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskräfthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Professor Dr. Franz Häuser, Universität Leipzig; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Rechtsanwalt Dr. Jürgen Than, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Frankfurt am Main; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Stephan Steuer, stellv. Hauptgeschäftsführer und Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Dr. Gero Fischer, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Gößmann, Leiter der Rechtsabteilung der HSH Nordbank AG, Hamburg/Kiel; Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht, Hamburg; Rechtsanwalt Jochen Lehnhoff, Mitglied des Vorstandes des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V., Berlin; Rechtsanwalt Professor Dr. Hans-Jürgen Lwowski, Hamburg; Professor Dr. Peter O. Mühlbert, Direktor des Instituts für deutsches und internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz; Dr. Joachim Siol, Richter am Bundesgerichtshof a.D., Ettlingen

Verlag: Herausberggemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M.; Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Ernst Padberg, Bad Homburg

Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange, (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.com; Lektorat: Dr. Monika Diakité, (0 69) 27 32-172, E-Mail: m.diakite@wmrecht.com; Sekretariat: Elina Vykoukal, (0 69) 27 32-188, E-Mail: e.vykoukal@wmrecht.com

Anzeigen: Dr. Jens Zinke, (0 69) 27 32-265, E-Mail: j.zinke@wmrecht.com; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-253; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: Central-Druck Trost GmbH & Co. KG, Industriestraße 2, 63150 Heusenstamm, Telefon (0 61 04) 60 60

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 71,20 (einschl. 7% MwSt. € 4,66) + € 5,95 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,39 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 7,45 Versandkostenzuschlag.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2004 Herausberggemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilung.com

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV